



Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis vierteljährlich für Halle und durch den Postweg 2 Mark.

Ämtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Metzmann. Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Anschlag Nr. 289.

Insertionspreis für die fünfspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 12 Pfg.

Reclamen vor dem Tagesanfang die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg.

Nr. 30.

Wittwoch, den 5. Februar 1890.

91. Jahrgang

Unsere Marine.

* Halle, 4. Februar.

Jeder Staat, der irgendwo vom Meere begrenzt wird, bedarf einer Kriegsflotte, um seine Küsten vor feindlichen Angriffen zu sichern, um den Seehandel seiner Bürger zu schützen. Dies Bedürfnis wird um so dringlicher und umfangreicher, je größer die politische Macht des Staats, die wirtschaftliche Thätigkeit seiner Bürger wird. Auch im deutschen Volk ist diese Erkenntnis lang erachtet. Wenn es nach Sachverständigen der Verfassung und damit der Schmach und des Elends, nach Einigung, nach einem gemeinsamen machtvollen Vaterlande strebt, so ersieht man stets die Schaffung einer „Deutschen Flotte“ als eines der schönsten Ziele dieser Einigung. Daher die freundliche Zustimmung, als nach Errichtung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867 der Vorschlag gemacht wurde, die Marine zur Bundes Sache zu machen, die preussische Kriegsflotte auf den Bund zu übernehmen und kräftig zu entwickeln.

Mit überwältigender Mehrheit bewilligte der Reichstag den noch im Herbst des Jahres 1867 vorgelegten Plan für die Ausdehnung der Marine, unter Billigung der dabei gestellten Ziele. Diese Ziele waren:

- 1. Schutz und Vertretung des Seehandels auf allen Meeren,
2. Verteidigung der vaterländischen Küsten,
3. Entwicklung des eigenen Ostseefisch-Vertriebs.

Nach dem siegreichen Feldzuge gegen Frankreich war die von allen Patrioten heiß ersehnte Einheit aller deutschen Stämme erreicht. Die Reichsregierung mußte nun entsprechende Rücksicht nehmen auf die erzielte größere Machtstellung und den damit im Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen Aufschwung des Volkes, welcher wieder die Zunahme des Seehandels im Gefolge hatte. Demgemäß war der im Jahre 1867 bewilligte Plan auszugestalten. Die Regierung trat 1873 mit einer solchen erweiterten Forderung hervor und fand überall beim Reichstag, ganz besonders bei dessen liberalen Mitgliedern, Zustimmung. Die zur Erreichung des Zwecks weiter angeforderten Mittel wurden mit großer Mehrheit bewilligt. Angesichts der schweren Krise, die uns die Nothwendigkeit der Unterhaltung eines starken Landheeres auferlegte, mußte natürlich darauf verzichtet werden, eine Marine gleich der Engländer oder Franzosen zu schaffen. Darüber war man vollständig einig. Aber man erkannte es als nötig und möglich an, eine Marine zweiten Ranges zu gewinnen und zu halten, eine Marine, die denjenigen von Italien und Rußland ebenbürtig wäre und die Erreichung der Ziele, die man sich 1867 gestellt, dauernd sichere.

Mit Anfang dieses Jahres hätte sich die Aufgabe, die man sich gestellt hatte, als gelöst betrachtet. Die noch fehlenden Schiffe, 4 gepanzerete Korvetten der Sachsenklasse, mit ihrer für die damalige Zeit sehr starken Panzerung und entsprechender Artillerie, sowie den damaligen Anforderungen genügenden fünf Kreuzerregatten der Bismarckklasse waren fertig gestellt. Damals standen wir in Bezug auf Zahl und Mächtigkeit unserer Schiffe auf der Höhe der besten Flotten, nach denen von England und Frankreich. Man trat aber ein Stillstand ein. Die Fortschritte, die man in kurzer Zeit im Torpedowesen gemacht, riefen die Meinung wach, daß diese Waffe zu einer ausschlaggebenden Bedeutung gelangen würde und hierdurch eine vollständige Umwälzung in dem Bau der Schiffe eintreten werde. Man sah daher mit Recht von weiteren Schlachtschiffbauten ab, zumal die Landarmee in Folge der fortwährenden Kämpfungen Frankreichs immer größere Opfer verlangte und der Marine-Etat so wie so durch mancherlei Anderes, insbesondere die Ausbildung eines dem vermehrten Schiffsbestand entsprechenden Personalbestandes ziemlich stark belastet wurde. Nur ein kleines Panzerschiff, die Oldenburg, wurde nach 1880 noch in Bau genommen, und auch das, was an sonstigen Schiffen noch hergestellt wurde, blieb hinter dem zurück, was man nach der Erfahrung jährlich auf Abrüstung rechnen muß. Schiffe sind nicht langlebige, besonders Kriegsschiffe, denen auch im Frieden zeitweilig sehr viel zugemutet werden muß. Um unsere Flotte nur auf der Höhe zu erhalten, die sie Anfang dieses Jahres erreicht hatte, hätten wir jährlich schon mindestens 10 Millionen für Ersatzbauten auswerfen müssen. Die ganze für Ersatz- und Neubauten von 1880 bis 1888 verwandte Summe betrug aber durchschnittlich nicht viel über 6 Millionen jährlich.

Während so unser Schiffsbestand von Jahr zu Jahr im Werte zurückging, gingen nicht nur England und Frankreich, sondern auch Italien und Ruß-

land unbedrückt durch finanzielle Bedenken mit der Verstärkung ihrer Schlachtsflotten voran. Seit 1880 stellten stetig oder nahmen in Bau:

Italien 5 Schiffe von über 13,000 Tons mit 48 Centimeter Panzer und 3 Schiffe von 11,000 Tons mit 45 Centimeter Panzer.

Rußland 5 Schiffe von 10,000 Tons und 1 von 6000 Tons, alle mit 45 1/2 Centimeter Panzer, 2 Schiffe von 8440 Tons mit 35 Centimeter Panzer, 1 Schiff von 7800 Tons mit 25 1/2 Centimeter Panzer und 2 nur um wenig schwächere Schiffe.

Durch das thatkräftige Vorgehen derjenigen Mächte, die früher auf gleicher Stufe mit uns standen, wurden wir weit ins Hintertreffen gedrängt. Unsere Marine-Verwaltung war darüber nicht im Zweifel. Bereits in dem vor 3 Jahren dem Reichstage vorgelegten Etat wird offen ausgesprochen, daß wir durch Italien und Rußland überflügelt würden, daß wir, wenn wir nicht bald mit dem Bau von Schlachtschiffen vorgehen, dauernd weit unter die Marinen zweiten Ranges herabsinken. Noch aber waren die Ermüdungen, wie zu bauen lie, nicht abgeklungen. Man beschloß sich daher auf Anforderung der Mittel zum Bau von 10 kleineren Panzerkreuzern zur Vertiefung der Flußmündungen und des Nordseefisch-Kanals.

Im Jahre 1888 kamen endlich die nach verschiedenen Richtungen geführten Untersuchungen zum Abschluß. Man hatte erkannt, daß der Torpedoweg die erwartete Bedeutung in absehbarer Zeit nicht gewinnen werde und war über die Art der Bauausführung schlüssig geworden. Demgemäß legte man im Herbst des Jahres 1888 dem Reichstage einen Plan vor, wonach außer den bereits erwähnten Panzerkreuzern in den nächsten 6 Jahren 4 gepanzerete Schlachtschiffe von 9900 Tons, 7 rasche Kreuzer Korvetten mit Panzerdeck von 6000 Tons, 4 Kreuzer als Stationsfahrzeuge, 2 rasche kleine Aviso, 2 Torpedobootsflotten gebaut werden sollten. Die Kosten dieser Bauten waren zu 117 Millionen, einschließlich artillerischer und Torpedow-Ausrüstung zu 158 1/2 Millionen veranschlagt. Das ist ja eine große Summe, sie erscheint aber doch noch behaglich, wenn man weiß, daß nach dem 1882 für Rußland aufgestellten Programm für beinahe 700 Millionen fünf Schiffe in 20 Jahren gebaut werden sollten.

Gegen diese Forderung erhub sich ein Sturm von Seiten der Opposition und ihrer Presse. Man verlasse — so hieß es — mit diesem Plane den früher stets festgehaltenen Standpunkt, gehe viel weiter in den Zelen, wolle eine Marine ersten Ranges, eine Langstiftflotte schaffen u. s. w. Und diese Behauptungen wurden in der Reichstags-Session von 1889/90 wiederholt, trotzdem ihre Unrichtigkeit bereits in der vorhergehenden überzeugend nachgewiesen worden war. Liegt doch dieser Nachweis schon in obiger Darstellung. Die 4 neuen Schlachtschiffe füllten nur eben die Lücken aus, die unsere Schlachtschiff-Flotte bereits aufweist und weiter aufweisen wird, bis die neuen Schiffe fertig sind, denn bis dahin haben „Gaula“, „Kronprinz“ und „Friedrich-Rath“, die heute schon als Schlachtschiffe kaum noch zu rechnen sind, jeden Werth als solche verloren. Für „Großer Kurfürst“ und „Prinz Albrecht“ wurde ein Ersatz niemals geschaffen.

Unsere ganze jetzige Schlachtschiff-Flotte würde überhaupt ohne Anlehnung an einige alten Ansprüchen der Neuzeit genügende große Panzerschiffe im Kampfe selbst gegen eine kleine Zahl von modernen Schiffen unterliegen müssen, denn ihre Panzer sind meist zu schwach, um gegen die schwere Artillerie des Feindes Schutz zu bieten, und — was die Hauptsache ist — die Geschosse unserer nicht genügend schweren Geschütze würden nachlos an der gewaltigen Panzerung der gegnerischen Schiffe abprallen. Es würde uns ergeben wie z. B. den Nordamerikanern, deren Flotte von einem einzigen südatlantischen Panzerschiffe aufgerieben worden wäre, wenn man den letzteren nicht schließlich einen ebenbürtigen Gegner hätte gegenüber stellen können. Erst mit Einleitung der neuen, wohl gepanzerter und mit schwerer Artillerie ausgerüsteten Schiffe, wird unsere Schlachtschiff-Flotte wieder brauchbar. (Schluß folgt.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause. 8. Sitzung vom 3. Februar, 11 Uhr. (Ausschüßlicher Bericht.)

Im Ministerische: von Scholz, von Köhler und Kommissarien. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats und zwar des Etats der direkten Steuern. Beim Titel I der Einnahmen: Grundsteuer 40032000 Mk. folgt:

Herr Sombart aus, daß die Grundsteuer die älteste Steuer sei; als man in früheren Jahren einmal von der Aufhebung

der Grundsteuer sprach, wurde dieser Gedanke als gerade revolutionär bezeichnet. Jetzt ist in dieser Beziehung ein Wandel eingetreten; man denke daran, die Grundsteuer als Staatssteuer abzuschaffen. Die Grundsteuer wird in gleicher Höhe erhoben, ob der Grund und Boden verschuldet ist oder nicht. Das ist eine Härte, die aber verschwindet, wenn die Grundsteuer nur eine Kommunalsteuer wird, so daß sie gleich zu verwenden ist, wo sie erhoben wird. Die Ueberweisung der Grundsteuer an die Gemeinden ist ja in der Thronrede gleichsam festzugesagt; aber richtiger für die Grundbesitzer früherer Thronrede, daß die Reform der Klassen und stiftungsfähigen Einkommensteuer vorangehen müsse; denn ohne Zahlung von 20 Millionen nicht aus der Hand geben. Außerdem sind noch viele andere Reformvorhaben notwendig; wir müssen das Unterrichtsgezet fertigtellen und auch eine Begeordung schaffen. Eine diese Reformen nicht gemacht sind, kann die Grundsteuer nicht überwiegen werden, weil sonst keine Sicherheit für die richtige Verwendung der überzulegenden Summen vorhanden ist.

Herr v. Sogom (L.) dankt dem Minister für die wohlthunende Sandhabung des Geleges betr. den Erlaß von Grundsteuer in Folge der Ueberwälzung; die Behörden hätten von allen nötigen Reformen abgesehen.

Der Minister der direkten Steuern Burghard: Mit Wohlwollen sei allerdings verfahren worden, aber trotzdem hätten manche Anträge als ganz ungerichtet zurückgewiesen werden müssen.

Herr Videtz (Dir.): Ich treue mich über die Ausföhrungen des Herrn Sombart, aber es will mir scheinen, als wenn er in seiner Kritik berechtigt wäret. Auch ich habe die Bezeichnung dieser zwei sich ganz fremden Materien für sehr geschäftlich. Bereits 1865 hat man die Ueberweisung der Klassensteuer an die Gemeinden in Betracht gezogen; aber seitdem sind den Gemeinden verdröherere andere Positionen zugewendet worden, so daß die Frage eine andere Gestalt hat als damals. Herrn Sombart habe ich so verstanden, daß ohne eine Reform unserer Landgemeindeförderung eine Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer unmöglich ist. Wie sieht die Regierung dazu? Vielleicht giebt der Herr Finanzminister darüber Auskunft.

Herr Krause (M.): Sachlich ist gegen eine Verbindung der Reform der Klassensteuer und der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer nichts einzuwenden, aber förmlich beantragt das eine Verdröherung. Denn die Ueberweisung kann erst auf die Uebernahme von Reformen erfolgen, während die Reform der Klassen- und Einkommensteuer als dringende Aufgabe bezeichnet ist. Das Schweigen des Herrn Finanzministers über diese Angelegenheit bedeutet, daß wir jetzt bei einer Vorlage nicht erhalten werden. Deshalb müssen wir die Staatsregierung bitten, auf diesen Gebiete vollständig und ohne Verdröherung vorzugehen. In Bezug auf die Reform der Einkommensteuer muß dahin getreht werden, daß die Steuerlaste nach oben hin beherig werden. Die wohlhabenderen Leute haben ein größeres Recht auf der Beherhaltung an öffentlichen Angelegenheiten, denn muß auch eine größere Pflicht der höheren Steuerzahlung gegenüber der niederen Klassen des Reiches wirken auch progreßiv, aber der Staat wird nach unten hin nicht als nach oben; diese Beantwortung muß ausgeglichen oder gemildert werden dadurch, daß die besteuerten Klassen zu einer höheren Steuer beitragen werden zu Gunsten der minder Wohlhabenden. Eine solche Maßregel muß hauptsächlich zur Gehung des Mittelstandes dienen. Ferner müsse das landliche Einkommen, das Einkommen aus Kapitalvermögen höher herangezogen werden, als das Einkommen aus Arbeit. Eine gerechtere Einköpfung kann nur erreicht werden durch die Deklaration; in dieser Beziehung steht meine Partei auf dem Boden der vorzüglichen Thronrede. Die Einköpfung soll nach unserer Ansicht von Einköpfungsbefähigten erfolgen, aber jeder Eingeköfte soll die Befähigung für die Einköpfung den Behörden die nötigen Unterlagen zu geben. Die Einköpfung der Deklaration hat überall eine Steigerung der Steuer ergeben. In der Literatur wird behauptet, eine genaue Einköpfung würde das Einköpfungsbefähigen mehr ergeben, als das Einkommen berechnet worden ist. Wenn das auch nicht richtig ist, so wird doch mindestens das Doppelte des jetzigen Einkommenbetrages bei strenger Einköpfung sich ermitteln lassen. Wenn eine Einköpfungsteuer mit Deklaration eingeführt wird, kann man vielleicht die Gemeindeförderung ganz aufheben oder es könnten die unteren Klassen der Gemeindeförderung ermächtigt werden, während die kaiserlich niedrigen Steuerlaste für die großen Gehälte erhöht werden könnten. Das die Deklaration unpöпуляр ist, braucht uns von der Einköpfung herbeilen nicht abzuhalten; sie kann eingeführt werden, wenn alle Parteien sich mit der Regierung vereinigen. (Beifall links.)

Finanzminister v. Scholz: Aus einer solchen Debatte kann ich mich nicht abheben; die Staatsregierung nicht beistimmen (Zustimmung rechts). Es ist ihnen ja eröffnet, daß eine solche Vorlage vorbereitet wird und ich bin ich außer Stande, darüber irgend welche Mittheilung zu machen. An dieser prinzipiellen Stellung liegt es, daß ich Herrn Videtz nicht antworten kann. Von der Verbindung der Reform der Grundsteuer mit der Ueberweisung der Grundsteuer hängt gar nichts ab. Herr Videtz hat deutlich von der Aufhebung der Gemeindeförderung gesprochen, er hat gesagt, an die einseitige Aufhebung dieser Föfle denkt kein Mensch. Wenn die Faktion einen Antrag vorbereitet nach dieser Richtung hin, würde Herr Videtz darüber vorher eine Auskunft geben? Was der Faktion recht ist, ist der Regierung billig. Die Beschlüsse, ein eingeköftes Mitglied der Staatsregierung zu berechnen, unrichtigere Erörterungen zu veranstalten, müssen deshalb verweigert sein. (Beifall rechts.)

Die Grund- und Gebäudesteuer wird bewilligt.

Die Klassensteuer beträgt 24 681 000 Mk., die Einkommensteuer 44 364 000 Mark.

Herr von Geyern (M.): Wenn man von der Genererinnahme aus diesen beiden Titeln abzieht, was die Beamten davon bezöhlen, was also der Staat aus einer Takte nimmt, um es wieder in die andere Takte zu stecken, so bleiben nur 55 Millionen Mark Einnahme. Das ist eine sehr geringe Summe bei einem Etat von 1 1/2 Milliarden, und es ist wirklich nicht begröftlich, wie man diese Steuer noch mit Begehrigkeit verteidigen kann. Eine Mehrerinnahme durch striktere Heranziehung der wohlhabenden Leute ist auch nicht zu er-



warten; denn die 10 434 Leute, welche über 20 000 Mark Einkommen haben, bringen (von 13 512 000 Mark auf, wie kann man sie noch stärker heranziehen? Die Einkommensteuer wird immer eine ungerechte sein, denn die Einkommen von 3000 Mark in Königsberg bedeutet etwas anderes als ein gleiches Einkommen in Aachen. Ein Lob der Einkommensteuer hört man nur von den staatsfeindlichen Parteien. So hat Herr Hebel die lächerliche Einkommensteuer gelobt, und das ist doch bedenklich. Sie mögen ein System der Einkommensteuer erfinden, welches die meisten, das geschickte Finden in der Privatverhältnisse wird nicht vermieden werden können. Ist es nicht richtiger, um den Steuerhöfen anzuweisen, welche in den wehrerwähnten Kulturstätten bestehen? In den anderen Staaten wird eine Wehrbesitzung ohne Mühen erachtet, weil man dort eine procentuale Abgabe von dem Einkommen nicht kennt. In England, Holland, Belgien bringt die Erbschaftsteuer sehr viel erheblichere Beträge als bei uns; sie wird nicht als Vererbung der Familie empfunden, sie erfüllt einen unbedeutenden Vermögenszuwachs. Die Gewerbesteuer ist in den anderen Staaten gefällter als bei uns, wo sie nur 20 Millionen Mark abwirft, während sie in Frankreich 70 Millionen Mark einbringt. Auch eine stärkere Heranziehung des unrichtigen Einkommens ist notwendig. Wie andere Staaten die Coupons und Dividendensteuern befeuern, müssen wir auch das Zinsen Einkommen befeuern. Ich spreche für mich allein, nicht im Namen meiner politischen Freunde. Wenn die Regierung eine solche Maßnahme, welche an das Volkende anknüpft, dann werde ich mich mit der Deklaration befremden können. In welcher Weise die Deklaration ausgeführt werden soll, darüber werden wohl im Laufe so viel Meinungen wie Abgeordnete vorhanden sein. Es wird unmöglich sein, bei dem Einkommen aus Grundbesitz eine feste Deklaration einzuführen. Die Staatsregierung hat sich früher gegen die Deklarationspflicht ausgesprochen. Und mit Ausnahme der vorjährigen Thronrede ist hier ja wohl auf diesen Standpunkt zurückgegangen. Die Reform der Einkommensteuer soll keine Nebenmaßnahme einbringen, um das zu verhindern, haben meine Freunde die Zustimmung beantragt. Eine darauf bezügliche Resolution ist ja auch vom Hause 1879 angenommen worden! Wenn die Regierung ihren damals abgelehnten Standpunkt aufrecht erhält, dann ist die ganze Steuerreform von vornherein gescheitert, dann lohnt es sich überhaupt nicht mehr, die wichtigsten Arbeiten in Angriff zu nehmen. Der Druck der direkten Steuern liegt nicht in der Staatssteuer, sondern in der kommunalökonomischen. Kein Land der Welt zahlt soviel Steuern, und Gemeindefällen wie Bremen. Die Reichsrente zehrt von einer Stadt zur andern, um den drückenden Gemeindefällen zu entgehen. Die Stadt Berlin kann allerdings mit 100 Prozent auskommen wegen der reichen Umgebungen, welche der Stadt die meisten Steuern macht, namentlich dadurch, daß er die kleineren Volksgemeinden trägt. Wenn das abgeändert würde, würde der Aufwand nach Berlin nicht so groß sein. Man sagt, daß die hohen Zuschüsse in Gemeinden der meistlichen Gemeinden nur daher kommen, daß zu niedrig eingeschätzt würde. Das ist nicht mehr der Fall; die Einkommen werden jetzt vollständig angedehnt und da drückt ein Zuschlag von 500 oder 600 pCt. sehr erheblich. Eine Verhäufung der Einkommen würde den Umsatz in Lande noch vermindern. Die Landgemeinden gehen, ihrem Umsatz bei den Wahlen dadurch Ausdruck, daß sie für die Sozialdemokraten stimmen. Wenn man die Deklaration einführen will, dann muß man einen niedrigeren Steuerfuß als bisher festlegen und die Zuschläge der Gemeinden abschaffen. Deshalb habe ich den Vorschlag der Regierung, zunächst mit der Ueberweisung vorzugehen zur Entlastung der Gemeinden, mit Freuden begrüßt.

Politische und Tages-Chronik.

Berlin, 3. Febr. Major Wischmann befindet sich gegenwärtig in Langsbar. Die Anwerbungen der Truppen

Dunkle Gestalten.

Noman von F. de Voisgobey.

„Rein, zweifellos,“ sagte der Richter, von diesen einfachen Gründen trappicht. „Ich glaube es nicht. Einer anderen gegenüber würde ich trotzdem noch die Meinung aufrecht erhalten, daß der Word nicht beabsichtigt war, sondern durch irgend einen Streit im Moment veranlaßt wurde und daß dann das zur Schatztraue des Dolches noch kein absoluter Beweis der Schuldlosigkeit wäre. Aber ich bleibe dabei, daß Sie mir eine einfachere, natürlichere Erklärung Ihrer Schuldlosigkeit geben können, eine Erklärung an der Sie ein löbliches, leicht verständliches Gefühl verhinert. Sie waren aus Neugierde auf dem Dornball und haben dort den Dolch verloren. Nun scheuen Sie sich, Ihres Rufes halber einzugehen, das Sie dort waren. Das ist in vorliegendem Falle ein Unrecht, das Sie an sich thun. — Ich weiß es, der Maskenball in der Oper ist kein Aufenthalt für Sie, aber es hat Sie eben die Neugierde übermannt. Gehen Sie's nur. Ein Untersuchungsrichter ist wie ein Weichwaser, er plaudert nichts freventlich aus. Sie sind also wahrscheinlich mit einer Freundin auf den Ball gegangen und diese Freundin hat Sie durch das Dienstmädchen abholen lassen. Nennen Sie mir also diese Freundin.“

„Ich habe keine Freundin,“ flüsterte Bertha. Darcy verhehlte nicht das unangenehme Erlaunen, das ihm diese Antwort verursachte. Es war auf seinem Gesicht der Gedanke zu lesen, daß er nunmehr das junge Mädchen, das ihm doch kein so zweifelloses reines Gewissen zu haben schien, wie eine gewöhnliche Angeklagte behandeln müsse. In ziemlich hohem Tone fuhr er zu reden fort: „Sie waren also wieder bei Ihrer Schwester, noch wollen Sie auf dem Dornball gewesen sein. Ihr Schweigen über den hauptsächlichsten Punkt macht Sie verdächtig. Ich muß jetzt meine Pflicht thun und zu erkundigen suchen, wo Sie die Nachstunden zugebracht haben. Ich glaube, daß ein gewisses weibliches Fortgefühl von Ihrer Seite mir diese unangenehme Pflicht erleichtert hätte.“

Fräulein Vesterfeld antwortete nicht, sie weinte. „Fräulein, ich will Sie noch einmal daran erinnern, daß Sie durch ein Wort ein G'ständnis Ihre Lage ändern können. Verzeihen Sie sich, denken Sie ernsthaft und ohne Erregung darüber nach, welche Konsequenzen Ihr Verhalten nach sich ziehen muß. Was hält Sie eigentlich von der Wahrheit zurück? Fürchten Sie, jemanden zu kompromittieren? Das würde nicht ausbleiben, denn

für den Kriegszug nach dem Süden, welcher im April stattfinden soll, nehmen einen guten Fortgang.

Hamburg, 3. Februar. Die zur Verstärkung der deutschen Schutztruppe in Sidwestafrika bestimmten Mannschaften sind am 25. v. Mts wohlbehalten in Sandwischhafen gelandet.

Wien, 3. Februar. Die „Montagsrevue“ bringt an auffälliger Stelle folgende Mitteilung: „In diplomatischen Kreisen erregen die inneren Zustände Serbiens nicht geringe Aufmerksamkeit und zunehmende Besorgnisse. Der Paart zwischen der Armee und der herrschenden radikalen Partei, welche Alles gethan hat, um das Heer zu verbittern, ist drohend und die Veruche der Regentchaft, mildern einzugreifen, haben keine Aussicht auf Erfolg. Es könnte um so leichter zu einem ersten Zwiste kommen, als die militärischen Kreise auch auf die liberale Partei seine Hoffnung setzen.“

Der ungarische Landesverteidigungsminister Fejervary wurde Vormittags vom Kaiser in Privat-audienz empfangen.

Prag, 3. Februar. In einer Versammlung von Vertretern der Glasarbeiter in Rakau, woran auch Regierungsvertreter Theil nahmen, wurde die Abschaffung der Glasprengnahmen gefordert. Wogen geht eine Abordnung der Glasfabrikanten nach Wien, um die Beihilfe der Regierung zu erbitten. Das ganze Streikgebiet ist militärisch besetzt.

Die für heute anberaumte Parteiverammlung der Jungtschechen behufs Beschlusfassung über die Ausgleichsvereinbarungen ist auf 14 Tage verschoben worden.

Budapest, 3. Februar. Der Kaiser sammt Familie kommt nächsten Freitag zu vierwöchentlichem Aufenthalt hier her, die Opposition strebt gesittlich dahin, den hiesigen Aufenthalt des Hofes zu benutzen, um die Tisza-Krise aufzuwickeln. Von vertrauenswerther Seite wird versichert, dieses Streben sei vollständig erfolglos; Tisza erhebt erst leghim angeordnetliche Anträge von Vertrauen seitens des Kaisers, so namentlich in der Frage der Einbringung des Heimathsgesetzes. Die Lage hat sich im Augenblick wesentlich gebessert; die vorwöchigen Kriegerstände waren überhaupt vollständig erfinden. — Der Zustand Andrajs ist höchst schwach.

Rom, 3. Februar. Die „Riforma“ widerspricht der Behauptung der „Moskowskij Wjesdomnik“, daß der russische Vostocher beim Dunitral gegen den italienisch-abessinischen Vertrag protestirt habe, sowie daß die Bestimmung des Vertrages, welche die Vertretung Abessinians an Italien überträgt, vom König Menelik noch nicht anerkannt sei.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Massauah: General Dreyer ist nach glücklicher Beendigung seines Reconnostrationsmarsches nach Abua wieder auf das jenzeitige Ufer des Marebflusses zurückgekehrt. Die italienischen Truppen haben den besten Einbruch in Abua hinterlassen. Die Bevölkerung und der Marsch Abuas gaben denselben noch eine Strecke weit das Geleit.

Paris, 3. Februar. Der „Figaro“ veröffentlicht die Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit dem ehemaligen

wenn ich Sie verhaften lasse, dann werde ich von allen meinen Hilfsmitteln Gebrauch machen, um der Sache, die Sie mir verheimlichen, auf den Grund zu kommen. Dann werde ich nicht mehr, wie jetzt, im Stande sein, den großen Skandal zu verhindern. Noch eines, Fräulein! Ihr Schweigen verdrät mir, daß Sie ein Geheimniß bewahren, sich vielleicht gar für eine andere Person opfern wollen. Sie lassen sich da von einer falschen Idee beherrschen. Wenn Sie mir jetzt die Wahrheit sagen, dann würde es weder der Person, der Sie so wahrhaftig ergeben sind, noch Ihnen selbst zum Schaden gereichen. In einigen Minuten wird es zu spät sein. Die Gerechtigkeit wird dann ihren Weg gehen müssen.“

Bertha schluchzte, aber schwieg noch immer. „Also,“ fuhr Herr Darcy fort, „Sie verzichten darauf, sich zu rechtfertigen. Dann müssen Sie als des Nordes verdächtig verhaftet werden.“

Bertha streckte die Hände flehend gegen ihn aus, ihr Mund öffnete sich wie zum Sprechen, aber ihr Gesicht blieb erstarbt auf ihren Lippen.

„Nein,“ flüsterte sie, „nein ein Wort ist genug. Ich kann nicht!“

Und zu Herrn Darcy sagte sie leise, daß man es kaum verstehen konnte: „Machen Sie mit mir, was Ihre Pflicht ist.“ Darcy zuckte in schmerzlicher Ueberreichung zusammen und sagte zu seinem Sekretär: Schreiben Sie den Verhaftsbefehl!“

7. Kapitel.

Gaston war gegen seinen Willen aus dem Bureau seines Onkels gegangen und in der Aufregung, in die ihn die bestimmte Antwort: „Ich werde meine Pflicht thun,“ versetzt hatte, hatte er vergessen zu fragen, wann er ihn wieder sehen könne.

Er zweifelte keinen Augenblick an der Schuldlosigkeit Fräulein Vesterfelds, aber er wollte auch erfahren, wie das Verhör abgelaufen sei, und bis zum andern Tage zu warten, das dauerte seiner Ungeduld zu lange.

So entschloß er sich, vor der Thüre des Hauptausganges auf seinen Onkel zu warten. Hier stand auch der Wagen des Untersuchungsrichters. Gaston promenierte auf dem breiten Trottoir auf und ab und die Gedanken, die dabei sein Hirn durchkreuzten, waren, wie man sich denken kann, nicht die angenehmsten.

Wie, wenn die Affäre, in welche Bertha durch, wer weiß welchen thörichten Zufall hineingezogen wurde, schlecht endet? Er vergegenwärtigte sich die Schwere der Verhaftungsgründe, die sich gegen Bertha aufgehäuft und täufchte

Seine Präfecten Hausmann über die bekannte Proschire des Obersten Stoffel. Danach erblickt Hausmann in der gegenwärtigen Staatsform Frankreichs das Hinderniß für den Abschluß eines Bündnisses; er glaubt, der Rhein als Grenze werde sich eines Tages beiden Nationen gebieterrich auferlegen, die dazu geübt wären, Rivalen zu sein. — Die Zeitung „L'Autorité“ schreibt mit Bezug auf die Proschire Stoffel's, eine Allianz und so gar gute Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland seien unmöglich. „Wir können den Krieg nicht vermeiden, so lange Deutschland dessen Früchte zurückhält.“

„Gestern Morgen fand in der Nähe von Lille ein Duell zwischen dem Marquis Morez und dem Deputirten Dreyfus statt. Dasselbe war die Folge eines Artikels von Dreyfus in der „Nation“: „Gegen die katholischen Gelehrten, welche Büchsen betreiben.“ Dreyfus erhielt einen Schuß in den rechten Oberarm. Die Kugel wurde sofort entfernt; das Befinden des Verwundeten ist zurzeit befriedigend.

London, 3. Februar. Die „Times“ erfährt, der russische Vostocher v. Staal sei nach Petersburg beufen, um Berichte zu erstatten über die anglo-portugiesische Streitfrage. Der Jar wünschte sich mit den Einzelheiten bekannt zu machen, um zu einem Entschluß über die zu ergreifenden Schritte zu gelangen.

Nach einem Telegramm von Reuters Telegram Company“ aus Bombasa von heute hat Admiral Fremantle behufs Prüfung des dortigen inneren Hafens auf seinen Werth als Marinehafen das Geschwader von 11 Kriegsschiffen hineingeführt und bei bequemer Ankerung festgestellt, daß noch Raum für eine doppelte Anzahl von Schiffen vorhanden ist.

Parrell ließ die Verleumdungsklage gegen die „Times“ fallen und nahm eine Entschädigung von 5000 Pfund von der „Times“ an. Er hatte anfänglich 100 000 Pfund verlangt.

Wien, 3. Februar. Die deutsche Kreuzerfregatte „Trene“, an Bord Seine königliche Hoheit Prinz Heinrich von Preußen, ist heute hier eingetroffen. Der Prinz begab sich alsbald nach dem Palaste des Gouverneurs, als dessen Gast Höchstererlebe auf die Dauer von 10 Tagen dabeisitz zu verweilen gedenkt.

Lissabon, 3. Februar. Gestern ging das Rundschreiben an die Großmächte über Einberufung einer Conferenz zur Schlichtung des Zambesitretens ab.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß republikanische Staaten Amerikas bereits die brasilianische Republik anerkannt haben.

Sofia, 3. Februar. Sechs Personen wurden als Mitschuldige Panikas wegen aufreißender Reden gegen den Fürsten und die Regierung verhaftet; die Unteruchung wird fortgesetzt.

Konstantinopel, 3. Februar. Einer Meldung aus Athen zufolge, nach welcher eine allgemeine Erhebung der Landbevölkerung in Areta zu befürchten wäre, und Mahomedaner sich deshalb in die Festungen flüchteten, wird von zuständiger Seite als völlig unbegründet bezeichnet.

Kairo, 3. Februar. Die hiesige deutsche Colonie em-

sich über ihre Tragweite nicht. Er wußte, daß sein Onkel als hiesiger Beamter keinen Moment abgern würde, sie verhaften zu lassen und alle Gegenben zu Justizmorden tauchen in seiner Erinnerung auf. Er sah die Person, die er geküßelt liebte, vor verarmtem Gerichtshof angeklagt, verurtheilt und er wollte das Schreckliche doch nicht ausdenken.

Ein Gedanke allein löste sich mit voller Bestimmtheit aus dem Chaos von Furchtungen und Zweifeln los, der, jetzt weniger als je Bertha Vesterfeld zu verlassen.

Jetzt hielt ein Wagen vor der Thür, vor der Gaston trotz des schneidigen kalten Nordwindes auf und ab patrouillirte.

Aus diesem Wagen stieg ein Mann, aber das Aussehen eines Polizeigenossen hatte, und eine Frau, deren Gesicht Gaston sehr bekannt vorkam.

Er gemarterte sein Gedächtniß, um darauf zu kommen, wo er diese Frauensperson schon einmal gesehen haben könne, und endlich erkannte er sich, daß er sie an dem Tage, an welchem er mit Bertha ihre Schwelgerei betocht, vor der Thür bei den Sachen des angekommenen Schiffskapitans gesehen.

„Das ist also das Dienstmädchen von Madame Crozon,“ sagte er sich, „dasselbe, das gestern Abend Fräulein Bertha von Madame Cambry abholte. Mein Onkel hat sie rufen lassen, um sie zu vernehmen, und dieses Mädchen wird ausfragen, daß sie Fräulein Vesterfeld nach der Rue Cammartin begleitet hat. Mehr braucht man ja nicht, um zu konstatiren, daß die Arme gar nicht auf dem Dornball war. Jetzt bin ich beruhigt. Die Sache wird keine weiteren Folgen mehr haben und in zehn Minuten ist das Verhör beendet und Bertha frei.“

„Seht einmal, Darcy! Was zum Teufel machen Sie hier?“ hörte Gaston sich anrufen.

Gaston wandte sich um und sah sich Lollig gegenüber. Der Reporter der Verhabeerei war ganz aus dem Häuschen. Seine nichtsagende Physiognomie hatte eine ungeheure Wichtigkeit angenommen, mit gewaltiger Ernüchterung blickte er jetzt in die Welt.

„Was machen Sie hier?“ gab Darcy zurück, dem die Begegnung durchaus nicht angenehm war.

„Was? Sie wissen nicht? Ja richtig, Sie sind diese Nacht in vor Schluß des Ballets fortgegangen. Aber Ihr Onkel unterliegt ja die Wichtigkeit. Er wird Ihnen ja wohl gesagt haben, daß Julia d'Orival in ihrerloge ermordet wurde und daß —“

(Fortsetzung folgt.)

Das Wahlbureau der drei vereinigten Parteien

befindet sich

große Märkerstraße Nr. 11 part.

Sämmtliche Anfragen und Correspondenzen werden unter der Adresse:

An das Wahlbureau der 3 vereinigten Parteien
Halle,

große Märkerstraße 11

erbeten.

Das Bureau ist geöffnet von früh 7¹/₂ Uhr bis Abends 7 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen.

Durch Beschluß beider städtischen Behörden ist unter Zustimmung der Polizei-Verwaltung für die Grundstücke Schulberg Nr. 6 und Spiegelgasse Nr. 9 eine neue **Stuerberechnung** festgesetzt worden. Gemäß § 8 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 werden diese Steuerberechnungen hiermit für **förmlich festgestellt** erklärt, da Einwendungen gegen die Fälligkeitens-Festsetzung innerhalb der gestellten Frist nicht erhoben sind.

Halle a. S., den 31. Januar 1890.

Der Magistrat.
Staudt.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Wiederwahl des Schiedsmanns

für den Bezirk IXc, Stärkefabrikanten **Weser**, Leipzigerstr. 32, sowie die Wiederwahlen der Schiedsmanns-Stellvertreter

Thomasaarenfabrikant **Böhme**, Scharrngasse 8,

für den VII. Bezirk,

Kaufmann **Berghaus**, Strg 14,

für den X. Bezirk, und

Lohgerbereibüßiger **Frischke**, Fischerplan 1,

für den XII. Bezirk

auf eine weitere am 1. Februar 1890 beginnende dreijährige Amtszeit befristet worden sind.

Halle a. S., den 1. Februar 1890.

Der Magistrat.
Staudt.

Den Besitzern von Obstbäumen werden die Bestimmungen der Verordnung der königlichen Regierung zu Merseburg vom 28. 3. 52, betreffend das Reinigen der Bäume von Raupen und Raupennestern mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, daß gegen dieselben, welche bis zum 15. März d. Js. das Raupen ihrer Obstbäume nicht bewirkt haben, Strafmaßregeln nach § 368 ad 2 des Reichsstrafgesetzbuchs in Anwendung gebracht werden müssen.

Halle a. S., den 3. Februar 1890. Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 20600 rohen Telegraphenstangen für das Jahr 1890 soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Die Stangen sollen auf einer in der Nähe des Fällungsortes zu errichtenden staatlichen Zubereitungsanstalt in Kupfervitriol getränkt werden.

Die Lieferungs-Bedingungen können in der Registratur der hiesigen Kaiserlichen Ober-Postdirektion eingesehen oder gegen Erstattung der Schreibgebühren abschriftlich von hier bezogen werden.

Anerbietungen sind gehörig verfrachtet unter der Aufschrift:

„Angebot auf Lieferung von Telegraphenstangen.“

bis zum **21. Februar 1890** portofrei an die Kaiserliche Ober-Postdirektion hieselbst einzuliefern, in deren Dienstzimmer Nr. 9 am genannten Tage Vormittags 11 Uhr die Eröffnung der eingegangenen Angebote in Gegenwart der etwa persönlich erschienenen Anbieter erfolgen wird.

Anbietungen, welche später eingehen oder den gestellten Bedingungen nicht vollständig entsprechen, bleiben unberücksichtigt.

Halle (Saale), den 1. Februar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Geffers.

Königliche Schloßfreiheit-Geld-Lotterie.

Sauptgewinn: 600 000, 500 000, 400 000 u. s. w. Markt (kleinster Gewinn in den 4 ersten Klassen: 1000 Mk., in der 5. Klasse 500 Mk.).

Klasse 1. Klasse: 17. März 1890, 2. Klasse 14. April, 3. Klasse 12. Mai, 4. Klasse 9. Juni, 5. Klasse 7. Juli 1890. Zu dieser Lotterie verbleibt nach Ausgabe der Loose nach Reihenfolge der eingegangenen Ordres, jedoch nur gegen sofortige vorherige Baarzahlung des Betrages, aber nur gegen sofortige vorherige Baarzahlung des Betrages, aber nur gegen sofortige vorherige Baarzahlung des Betrages.

Anteils-Lose mit meiner Unterschrift an in meinen Besitz verbleibenden Original-Losen mit gleichmäßigen Gewerkschaftsbeträgen für jede Klasse: pro 1. Klasse: 1/2, 21.20, 1/4, 10.60, 1/8, 5.40, 1/16, 2.90, 1/32, 1.40 Mk. Anteil-Lose für alle 5 Klassen berechnet: 1/2, 106, 1/4, 53, 1/8, 27, 1/16, 14, 1/32, 7, 1/64, 3.50 Mk.

Lotterie-Geschäft, Berlin S. W., Neuenburgerstr. 25
Carl Hahn (gegründet 1868).

P. P.

Einem hochgeehrten Publikum von Halle und Umgegend gestatte ich mir hierdurch ergebenst anzuzeigen, dass ich am hiesigen Platze **Leipzigerstrasse 44** unter der Firma

C. A. Gruber

ein
Gardinen- u. Weisswaaren-Geschäft

eröffnet habe.

Mein eifrigstes Bestreben wird sein, bei mässigen Preisen nur streng solide Waaren zu führen, um mir dadurch die Gunst des pp. Publikums zu erwerben.

Ich gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, mein Unternehmen freundlichst unterstützt zu sehen, und empfehle mich
Hochachtungsvoll

C. A. Gruber, Plauen i. V.

Halle, den 2. Februar 1890.

Tonangebend für Mode und nützlich für Handarbeit ist die erste und reichhaltigste Modenzeitung

Der Bazar.

Der Bazar bietet zur Selbstanfertigung der Garberose **doppelt so viele Schnittmusterbogen als irgend ein Modenblatt.**

Der Bazar

erscheint in reichster Ausstattung und bringt **Mode, Handarbeiten, Colorirte Modenbilder, Schnittmuster in natürlicher Größe, Romane und Novellen, Prachtvolle Illustrationen.**

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen jederzeit Abonnements an.

Abonnementspreis vierteljährlich **2¹/₂ Mark**

(in Oesterreich-Ungarn nach Course). Probe Nummern versendet auf Wunsch unentgeltlich die Administration des „Bazar“ Berlin SW.

Vaselin-Theerseife

von **Carl John & Co.**

Berlin N und Cöln a. Rh.

erwacht durch ihre Milde alle unter

der Haut entstehenden Ablagerungen

entfernt Hautausschläge und selbst

veraltete Gesichtsflecken, a Stück 50

Pfg. bei **Frau W. Rieks,**

gr. Ulrichstraße 34.

Kaff- u. Pfananfuchen, Plunder u. Theegebüd emp. täglich frisch.

E. Körber, Albrechtstr. 32.

Thüringer Wurstwaren, Maadeburg, Sauerkraut, Grüne Schmitzbohnen, Saure, Pfeffer u. Senf Gurken, Preiselbeeren mit Zucker empfiehlt billigst

Ernst Mertens,

SauerstraÙe 1.



Reelle Bedienung!

Revolver, 6 schüssig Cal.

9 m/m 9 Mark.

Centralfenerdoppellinten

von 35 Mark an

Teschins ohne Knall (Gewehrform) Cal 6

m/m 8 Mk., Cal 9 m/m 15 Mk.

Westentaschen - Teschins

ohne Knall 4 Mark.

Patent - Luftgewehre

ganz ohne Geräusch 25 Mark.

Patronen und alle Jagdaccessorien in grösster Auswahl. Zu jeder Waife giebt es 25 Patronen gratis. Versand nur gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages. Für jede Waife übernehme ich volle Garantie. - Alle Waaren nehme ich zum Umtausch bereitwillig zurück. Umänderungen, Reparaturen etc. sauber und billig. Preislisten gratis und franco.

Georg Knaak, Waffenfabrik, Berlin SW, Friedrichstr. 236/7.

Baufahrer

im Großen werden angenommen

Schillerstraße 25 pfr.

Für den Ankerentheil verantwortlich

Curt Rietzmann in Halle.

Siehezu 1 Beilage.

Verlag und Druck von H. Rietzmann in Halle.
Expedition des Halle'schen Tageblattes: Große Märkerstraße 19, geöffnet von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.